

Donnerstag, 04.05.2017

## Inklusion – droht ein Volksentscheid?

Volksinitiative legt **24.357 Unterschriften** für eine bessere Ausstattung der Schulen vor. 600 Stellen gefordert

Peter Ulrich Meyer



**Pit Katzer, Vertrauensperson der Volksinitiative „Gute Inklusion“, steht im Rathaus neben Ordnern mit Unterschriften dpa/Christophe Gateau**

Das ist ein sehr ordentliches Ergebnis: Die Volksinitiative „Gute Inklusion“ hat innerhalb von drei Monaten nach eigenen Angaben 24.357 Unterstützer-Unterschriften gesammelt. Die Vertrauenspersonen der Initiative um den ehemaligen Schulleiter Pit Katzer haben am gestrigen Mittwoch 14 Ordner in der Senatskanzlei abgeliefert. Bis Ende Mai werden die Unterschriftenlisten nun auf Korrektheit der Angaben hin überprüft.

Die vorgeschriebene Zahl von 10.000 Unterschriften wurde voraussichtlich um mehr als das Doppelte übertroffen. Eigentlich hätte die Initiative bis zum 22. Juli Zeit gehabt, noch mehr Unterstützer zu gewinnen. „Wir haben jetzt abgebrochen, weil wir gern vor der Sommerpause in die öffentliche Anhörung der Bürgerschaft gehen wollen, vielleicht schon am 9. Juni“, sagte Katzer. „Wir wollen sehen, ob es Angebote der Regierungsfractionen gibt.“

Die Bürgerschaft kann das Anliegen der Volksinitiative übernehmen und beschließen oder in Verhandlungen eintreten, um zu einem Kompromiss zu kommen. Es gilt jedoch als sehr unwahrscheinlich, dass das passiert, bevor die Initiative die zweite Stufe der Volksgesetzgebung übersprungen hat. Beim Volksbegehren müssen innerhalb von nur drei Wochen mehr als 60.000 Unterschriften gesammelt werden. „Wir werden gelassen abwarten, notfalls gehen wir den nächsten Schritt“, sagte Katzer. „Dazu sind wir selbstverständlich bereit, sonst hätten wir nicht anzufangen brauchen.“

Kernforderung der Initiative ist eine deutlich bessere Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften, die vor allem den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache sowie soziale und emotionale Entwicklung (LSE) zugutekommen soll. „Wir fordern drei zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche für jedes Kind mit LSE-Förderbedarf. Das ist genau das, was die Bürgerschaft 2012 beschlossen hat“, erläuterte Katzer. Doch die Vorgabe werde nicht eingehalten. In den fünften Klassen zum Beispiel liege die zusätzliche Förderung bei nur 1,9 Wochenstunden. Die Förderung der Kinder mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen soll um rund ein Drittel erhöht werden. Schließlich fordert die Initiative Barrierefreiheit für die Schulen.

Alles in allem fordert die Initiative rund 600 bis 650 zusätzliche Lehrerstellen an den allgemeinbildenden Schulen für den inklusiven, also einschließenden Unterricht von Kindern mit und ohne Förderbedarf. Die Schulbehörde hat seit dem Start der Inklusion vor fünf Jahren 178 Lehrerstellen für diesen Bereich zusätzlich geschaffen. Insgesamt stehen für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen 1169 Stellen zur Verfügung. Von dem im Schulgesetz verankerten Recht auf Inklusion machen die Eltern mittlerweile umfassend Gebrauch. 70 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen eine Grund-, Stadtteilschule oder in seltenen Fällen ein Gymnasium statt einer Sonderschule.

Maik Findeisen, ebenfalls Vertrauensperson der Volksinitiative, forderte den rot-grünen Senat auf, die Situation nicht mehr schönzureden. Eltern, Pädagogen und Schüler erlebten täglich die unzureichende personelle und räumliche Ausstattung der schulischen Inklusion. „Olaf Scholz muss dieses Thema ernst nehmen und zur Chefsache machen, weil es um die Bildung und Zukunft von Hamburgs Schülern geht“, sagte der Elternvertreter. Katzer räumte ein, dass Hamburg bei der Ausstattung der Inklusion im Bundesvergleich gut dasteht, fügte aber hinzu: „Vergleiche sind das eine, aber es funktioniert hier nicht gut.“

## **Initiative erhält Rückenwind von der Opposition**

Die Volksinitiative wird von 21 Organisationen unterstützt, darunter Gewerkschaften und schulische Fachverbände. Rückenwind erhalten Katzer und seine Mitstreiter auch von der Opposition. „Wir beglückwünschen die Initiative, die in so kurzer Zeit so erfolgreich war. Für den Senat bedeutet das einen allerletzten Weckruf, bei der Inklusion endlich umzusteuern“, sagte die FDP-Schulpolitikerin Anna von Treuenfels-Frowein. „Jede einzelne Unterschrift dokumentiert das Versagen von Schulsenator Ties Rabe“, sagte Linken-Fraktionschefin Sabine Boeddinghaus. Mehr als 20.000 Menschen forderten eine deutliche Verbesserung in personeller und räumlicher Ausstattung. „Der deutlich hörbare Unmut von Lehrkräften, Eltern und Schülern muss bei Rot-Grün nun endlich Gehör finden“, sagte Karin Prien (CDU).